



Presseschau vom 19.07.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voiceevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, Korrespondent und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, Korrespondent und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Abends/nachts:

de.sputniknews.com: Kluft zwischen Moskau und Washington wird kleiner – russischer Botschafter in USA:

Bei den Gesprächen zwischen dem russischen Präsidenten Wladimir Putin und seinem Amtskollegen Donald Trump hat sich die „Kluft

Der Diplomat sagte, dass ihm das Treffen gefallen habe: „Es scheint, dass beide Präsidenten ein Gespür füreinander entwickelt haben.“

Das Gespräch zwischen den Staatsoberhäuptern sei offen und ernst gewesen, fügte der Diplomat hinzu.

Laut Antonow hat Trump Putin während der Verhandlungen tatsächlich zugehört, obwohl das wiederum nicht bedeute, dass er mit allem einverstanden gewesen sei.

„Diese gewaltige Kluft im Verständnis der Probleme bei den bilateralen Beziehungen als auch internationalen Problemen ist wohl kleiner geworden“, betonte der Botschafter.

Moskau werde Trump künftig beim Aufbau der bilateralen Beziehungen helfen, fügte er hinzu.

Das erste Vollformat-Treffen zwischen Putin und Trump fand am 16. Juli in Helsinki statt. Die Verhandlungen dauerten fast vier Stunden.

Dnr-news.com: Ukrainische Medien beschuldigten Timoschenko des Versuchs, zum Treffen

Trump-Putin zu kommen

Die ehemalige Premierministerin der Ukraine und Vorsitzende der „Vaterlandspartei“ Julia Timoschenko hatte versucht, durch amerikanische Lobbyisten zum Treffen zwischen den Präsidenten der USA und der RF Donald Trump und Wladimir Putin zu kommen. Dies berichtete am Mittwoch die ukrainische Ausgabe „Glawkom“, Timoschenko selbst dementierte diese Information.

Nach Angaben von „Glawkom“ hatte der amerikanische Lobbyist Bob Livingstone, Vertreter des Unternehmens The Livingstone Group, in einem Brief, der sich in den Händen der Redaktion befindet, erklärt, dass Timoschenko beabsichtige, Mitte Juli Washington zu besuchen, um eine „Verbesserung der Beziehungen zwischen den USA und der Ukraine“ zu erörtern. Der entsprechende Brief wurde Anfang Juli im US-Justizministerium registriert, wie es die amerikanische Gesetzgebung zur Registrierung ausländischer Vertreter verlangt. Livingstone schreibt in dem Brief auch, dass Timoschenko bereit sei, am Treffen von Trump und Putin teilzunehmen, wenn dies nützlich sei, schreibt die ukrainische Zeitung. Unter Berufung auf Quellen in diplomatischen Kreisen berichtet die Zeitung, dass ein solches Schreiben nur an das Weiße Haus gerichtet sein konnte, das nun alle Fragen im Zusammenhang mit den Beziehungen zu Russland überwacht.

Es wird darauf hingewiesen, dass der Auftraggeber der Lobby-Dienste das Unternehmen Innovative Technology & Business Consulting ist. Im Rahmen eines Jahresvertrages zahlt der Kunde 50.000 Dollar pro Monat an die Livingstone Group.

Timoschenko dementierte in ihren Kommentaren zur Publikation diese Informationen und nannte den Brief eine „Fälschung“.

„Wir werden nach diesen Leuten suchen, werden diese Information widerlegen und werden fordern, dass sie sie auch dementieren. Wir haben keinerlei Verträge unterzeichnet. Dies ist eine Spezialoperation zu meiner Diskreditierung, da die Information nicht wahr ist. Ich betrachte das als Fälschung“, schrieb die ehemalige Premierministerin der Ukraine.



http://dnr-news.com/uploads/posts/2018-07/thumbs/1531932989_1502465263.jpg

de.sputniknews.com: Vergiftung von Amesbury: Unabhängige Experten entnehmen Proben am Vorfalort.

Experten der Organisation für das Verbot von Chemiewaffen (OPCW) haben nach eigenen Angaben Proben von der Substanz entnommen, mit der sich zwei Menschen im britischen

Amesbury vergiftet hatten.

Wie die OPCW berichtet, ist das Expertenteam auf Antrag Großbritanniens eingesetzt worden, um die Substanz, die vermutlich einen Menschen getötet und bei einem anderen Menschen gravierende Gesundheitsschäden verursacht hatte, objektiv zu identifizieren.

„Die entnommenen Proben sollen in zwei spezialisierte OPCW-Labors geschickt werden. Sobald die Analyseergebnisse fertig sind, wird ein entsprechender Bericht an das Vereinigte Königreich geschickt“, hieß es aus der OPCW.

Die Fachleute haben am heutigen Mittwoch die erste Phase ihrer Arbeit abgeschlossen und Großbritannien verlassen.

Wie die britische Polizei zuvor berichtet hatte, wurde im Haus des betroffenen Charlie Rowley in Amesbury ein Behälter für Nervengas entdeckt. Laut Medienberichten handelte es sich um eine Parfümflasche.

Am 4. Juli hatte die britische Polizei einen „ernst zu nehmenden Vorfall“ in Amesbury gemeldet, wo zwei Menschen „unter dem Einfluss einer unbekannt Substanz standen“. Die beiden seien in kritischem Zustand in ein Krankenhaus eingeliefert worden.

Wie Scotland Yard später bestätigte, hatten sich der 45-jährige Mann und seine 44-jährige Lebensgefährtin mit dem gleichen Stoff vergiftet wie der ehemalige GRU-Oberst Sergej Skripal und seine Tochter Julia.

Die Frau starb vier Tage später im Krankenhaus von Salisbury an den Vergiftungsfolgen. Der Mann kam am 10. Juli wieder zu Bewusstsein.

Unweit vom Wohnort der verstorbenen Frau hatten sich im März der ehemalige russische Doppelagent Sergej Skripal und seine Tochter mit Nervengas vergiftet.

London machte Russland dafür verantwortlich. Moskau wies die Anschuldigung als völlig haltlos und unbegründet zurück.

de.sputniknews.com: Moskau kritisiert Deutsche-Welle-Video für Nazigruß.

Das russische Außenministerium hat ein Video über die Behandlung verwundeter ukrainischer Soldaten in Deutschland wegen eines aufgezeichneten Nazigrußes kritisiert.

„Wir wurden auf ein von der russischsprachigen Redaktion der Deutschen Welle gedrehtes Video über die Behandlung verwundeter ukrainischer Militärs in Deutschland aufmerksam“, sagte die amtliche Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, am Mittwoch in Moskau.

„In der 50. Sekunde ist deutlich zu sehen, wie ein sogenannter Militär die Hand zum Nazigruß hebt. Darauf wiesen russische Internet-Nutzer hin, für die solche Sachen unannehmbar sind.“ Dabei geht es um die Behandlung von Angehörigen eines der berühmt-berüchtigten Freiwilligen-Bataillone.

Darüber hinaus seien Diplomaten über einen Kommentar der Deutschen Welle unter der Publikation erstaunt gewesen, wonach die Behauptung, dass in dem Video ein Nazigruß gezeigt werde, nicht der Wirklichkeit entspreche. In diesem Zusammenhang fragte Sacharowa, ob dieser journalistischen Erklärung eine entsprechende Expertise des Videos zugrunde liegt.

„Wir sprechen immer wieder von zunehmenden neonazistischen Stimmungen in der Ukraine. Darüber werden sich selbst jene klar, die alles, was in der Ukraine geschieht, uneingeschränkt unterstützen“, kritisierte die Sprecherin.

Die ukrainischen Behörden hatten Sowjetsoldaten mit Mitgliedern der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) und der in Russland verbotenen Ukrainischen Aufständischen Armee (UPA) gleichgesetzt, die während des Zweiten Weltkrieges mit Hitler kollaboriert und mit Massenmorden auf dem Territorium der Ukraine zu tun gehabt hatten. Die Werchowna Rada verabschiedete sogar ein Gesetz, das alle Personen, die 1917-1991 gegen das kommunistische Regime kämpften, als „Kämpfer für Freiheit und Unabhängigkeit der Ukraine“ einstuft.

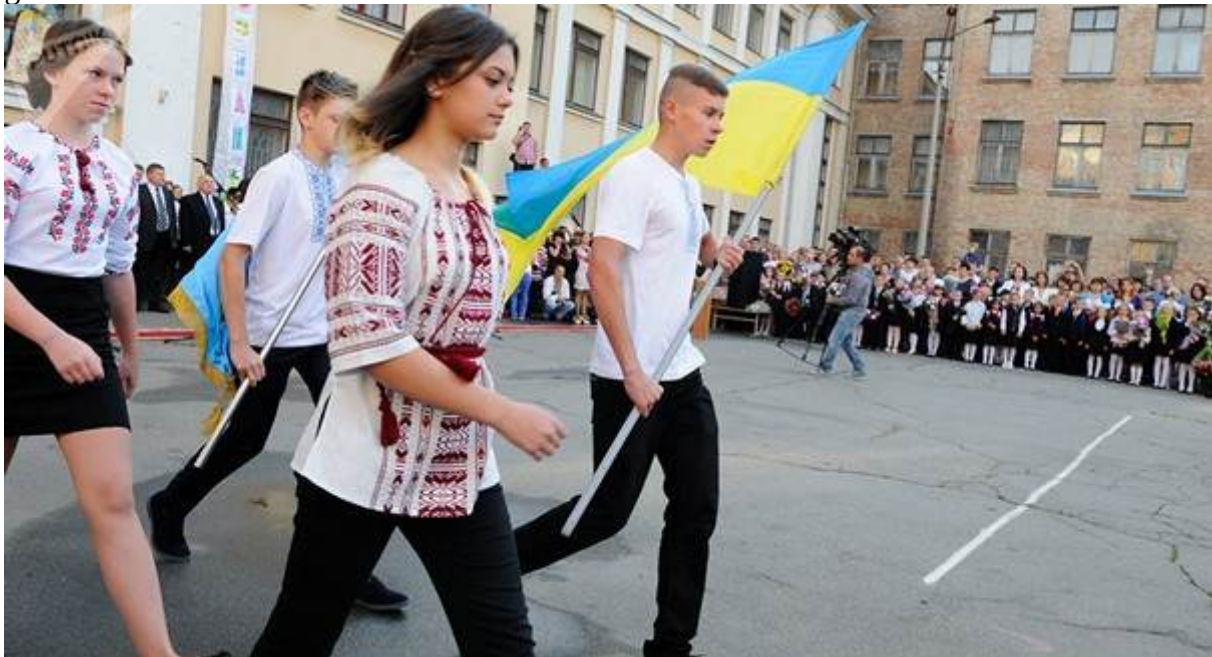
de.sputniknews.com: Ukraine: Bürgermeister droht Schuldirektoren Kündigung „wegen Liebe zu Russland“ an.

Der Oberbürgermeister der ukrainischen Stadt Dnipro (vormals Dnepropetrowsk), Boris Filatow, hat Schuldirektoren „wegen der Liebe zum benachbarten Staat“ mit der Kündigung gedroht. Er habe gleich nach dem Amtsantritt Dossiers über Direktoren und sonstige leitende Schulkräfte gesammelt, schrieb Filatow auf Facebook.

„Nun ist es im dritten Jahr meiner Amtszeit (als OB) soweit (...). Mehr als 30 (!) Prozent der Bewerber haben seit 2014 in den sozialen Netzwerken oder nicht öffentlich separatistische Stimmungen unterstützt, ihr eigenes Land verschmäht und eine starke Liebe zu einem Nachbarstaat (Russland – Anm. d. Red.) gezeigt.“

Filatow zufolge waren einige auf Facebook für die Ukraine und im russischen sozialen Netzwerk Odnoklassniki für Donezk, Lugansk und Russland. „Jetzt werden sie alle gefeuert bzw. nicht mehr angestellt.“ Sanktionen gegen solche Direktoren würden „juristisch tadellos“ angewandt werden, betonte der OB.

Zudem empfahl er Schuldirektoren, die eine prorussische Position beziehen, sich lieber nicht zu bewerben. Filatows Post wurde bereits vom ukrainischen Innenminister Arsen Awakow gelikt.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32161/37/321613783.jpg>

vormittags:

de.sputniknews.com: Russlands Botschafter hält US-Invasion in Venezuela für möglich.

Der russische Botschafter in Venezuela, Wladimir Sajemski, hält ein militärisches Eingreifen der USA in Venezuela für möglich. „Dieses Szenario ist leider real“, sagte Sajemski gegenüber russischen Nachrichtenagenturen.

„Sie haben bestimmt die Meldungen gesehen, die vor ein paar Wochen erschienen sind, als eine ausländische Nachrichtenagentur Informationen veröffentlicht hatte, wonach US-Präsident Donald Trump im Mai des vergangenen Jahres mit seinen Beratern ernsthaft eine Militäroperation als Reaktion auf die Lage in Venezuela erörtert hatte“, fügte er hinzu

Das Weiße Haus habe diese Informationen später aber bestritten und gesagt, diese Option sei nicht in erster Linie in Betracht gezogen worden. „Leider ist es immer Teil der US-Position, dass alle Szenarios auf der Tagesordnung bleiben, auch ein Gewalt-Szenario.“

Auch die Gefahr, dass die venezolanische Opposition eine „Farbrevolution“ versuche, bleibe weiterhin hoch.

lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden einmal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Das Gebiet von **Losowoje** wurde mit Granatwerfern beschossen.

de.sputniknews.com: Mögliche Konfrontation zwischen Iran und Israel in Syrien – Russland besorgt:

Russland ist wegen einer möglichen Militärkonfrontation zwischen iranischen und israelischen Kräften in Syrien besorgt und tut alles Mögliche, um diese Situation nicht zuzulassen. Dies erklärte der russische Botschafter im Iran, Lewan Dschagarjan, am Mittwoch.

„Vor allem möchte ich daran erinnern, dass die iranische Militärpräsenz auf dem syrischen Territorium legitim ist. Die Iraner befinden sich dort, wie auch die russischen Militärs, auf Einladung der rechtmäßigen Regierung der Arabischen Republik Syrien und beteiligen sich an der Operation zur Liquidierung von Terrorkämpfern. Manchmal entstehen tatsächlich Kollisionen, und wir sind natürlich wegen einer möglichen Konfrontation zwischen den iranischen und israelischen Kräften in Syrien besorgt“, erklärte Dschagarjan in einem Interview mit der Zeitung „Kommersant“.

Ihm zufolge tut Russland „alles Mögliche, um dies, (...) die Entfaltung des Konfliktes, nicht zuzulassen“.

Dnr-online.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum von 18. Juli 3:00 Uhr bis 19. Juli 3:00 Uhr

Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 7.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Jasinowataja, Dokutschajewsk, Dolomitnoje, Golmowskij, Spartak**. In der Folge eines nächtlichen Beschusses von Seiten der ukrainischen Streitkräfte aus Richtung Nowoluganskoje in Richtung Dolomitnoje wurden folgende Häuser in Golmowskij beschädigt:

- Archipow-Straße 3/2 – Dach und eine Wasserleitung wurden beschädigt;
- Sagorodnaja-Straße 4/8 – die Fensterverglasung wurde beschädigt;
- Bolnitschnaja-Straße 15 – die Fassade des Hauses wurde durch Splitter beschädigt.

Nach genauen Informationen wurden durch Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte am 17.07.2018 auf Dokutschajewsk folgende Häuser beschädigt:

- Watutin-Straße 3/7 – Verglasung beschädigt;
- Watutin-Straße 3/11 – Verglasung beschädigt.

In Folge von Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte auf Dokutschajewsk wurden Produktionseinrichtungen eines erdölverarbeitenden Betriebs des staatlichen Unternehmens „Donezkawtogas“ beschädigt:

- Benzin-Diesel-Anlage (2 Treffer D-20 und 10cm);
- Behälter für 2000 Kubikmeter – durch Splitter wurden 6 Quadratmeter beschädigt;
- 4 Quadratmeter Wände und 2 Kunststoffrahmen am Verwaltungsgebäude wurden beschädigt;
- Metallrohr eines Ofens 0,5 Quadratmeter.

Opfer unter der Zivilbevölkerung wurden bisher nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgefeuerten Geschosse betrug 86. Wir erinnern daran, dass die Zahl der abgefeuerten Geschosse mit einem Kaliber unter 12,7 mm nicht in die Gesamtstatistik der Zahl der Geschosse im täglichen Bericht eingeht. In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 109.

Ab 00:01 Uhr am 1. Juli 2018 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regime der Feueereinstellung – der „Brot“-waffenstillstand – in Kraft.

de.sputniknews.com: Ukraine nimmt Produktion von Munition nach Nato-Standards auf – „Ukroboronprom“:

Der ukrainische Betrieb „Impuls“, der zum staatlichen Rüstungskonzern „Ukroboronprom“ gehört, hat die Serienproduktion von Munition nach den Nato-Standards gestartet. Das teilte der Pressedienst des Konzerns am Donnerstag mit.

Wie es heißt, handelt es sich hierbei um Munition PGOF-40, die den Nato-Standards entsprechen soll. Diese sei für 40-Millimeter-Schnellfeuer-Granatwerfer bestimmt, deren Zusammenbau jetzt manuell erfolge.

Zudem soll das Werk zurzeit an der Erhöhung des Produktionsumfangs von Munition gearbeitet haben und zwar, mittels der Mechanisierung und Einführung neuer Technologien. Unter anderem habe das Werk die Produktion inerter Munition PGI-40 erschlossen, die für das Einschießen von Schnellfeuer-Granatwerfern sowie für die Ausbildung der Bedienungsmannschaften bestimmt sei, heißt es.

Zugleich befinde sich die Erschließung der Herstellung von Munition VOG-25V für Unterlaufgranatwerfer im Anfangsstadium.

Ende September 2017 hatte der US-Sondergesandte für die Ukraine, Kurt Volker, erklärt, dass Kiew noch nicht bereit sei, der Nato beizutreten. Des Weiteren hatte der EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker am 29. August 2017 verkündet, die Ukraine habe weder etwas mit der Europäischen Union noch mit der Nato zu tun. Davor hatte Präsident Petro Poroschenko die Absicht bekräftigt, ein landesweites Referendum über den Nato-Beitritt durchzuführen, und die Nato-Mitgliedschaft als das Hauptanliegen Kiews bezeichnet. Das ukrainische Parlament hatte im Dezember 2014 den blockfreien Status des Landes per Gesetzesänderung aufgehoben. Laut der neuen Militärdoktrin soll die Ausstattung der ukrainischen Streitkräfte bis 2020 gänzlich mit der Nato-Kriegstechnik kompatibel sein. Das bedeutet praktisch, dass die Ukraine wieder Kurs auf Mitgliedschaft in der Nordatlantikkallianz nimmt.

Im Dezember 2015 hatte der ukrainische Präsident Petro Poroschenko bei einem Besuch in Brüssel eine Roadmap zur militärtechnischen Zusammenarbeit seines Landes mit der Nato unterzeichnet.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32161/44/321614466.jpg>

de.sputniknews.com: „Ungeheuerlich“: Browder zu Reaktion des Weißen Hauses auf Russlands Vorschlag

Der Chef der Stiftung Hermitage Capital, William Browder hat allein die Idee als ungeheuerlich bezeichnet, dass der US-Präsident Donald Trump bereit sei, die Möglichkeit zu erörtern, ihn und sein Team an Russland auszuliefern.

„Die Idee, dass das Weiße Haus, dass Donald Trump die Auslieferung dieser Leute und meiner Person an die Russen in Betracht ziehen können, ist einfach ungeheuerlich. Das ist im Grunde Verrat – patriotische Leute auszuliefern, die versucht haben, richtig aufzutreten“, sagte er am Donnerstag gegenüber dem TV-Sender Fox News.

Browder meinte, dass die Trump-Administration eine solche Möglichkeit überhaupt hätte ausschließen müssen.

Die Pressesprecherin des Weißen Hauses, Sarah Sanders, hatte am Mittwoch erklärt, Trump beabsichtige, seine Berater in Bezug auf die Möglichkeit zu konsultieren, dass die russische Seite mehrere amerikanische Bürger verhört.

Zuvor hatte der russische Staatschef während der Pressekonferenz nach dem Gipfeltreffen mit seinem US-Amtskollegen Donald Trump in Helsinki den amerikanischen Ermittlungsorganen vorgeschlagen, im Fall der der Hacker-Attacken bei den Wahlen in den USA beschuldigten 12 Bürger Russlands zusammenzuarbeiten. Putin betonte dabei, dass dann von der amerikanischen Seite ähnliche Schritte nach dem Prinzip der Gegenseitigkeit erwartet würden. Und zwar würde die russische Seite erwarten, dass in den USA im Beisein von russischen Ermittlungsbeamten jene Personen verhört werden, darunter Vertreter der US-Geheimdienste, die Moskau verdächtige, Verbrechen auf dem Territorium der Russischen Föderation begangen zu haben.

Zu den amerikanischen Beamten, die Russland zum Fall des in der Russischen Föderation in Abwesenheit wegen Steuerhinterziehung zu neun Jahren Haft verurteilten Chefs der Stiftung Hermitage Capital, William Browder, gern vernehmen würde, gehört zum Beispiel der Ex-US-Botschafter in Russland Michael McFaul, wie der Chef der Verwaltung der Generalstaatsanwaltschaft Russlands, Alexander Kurennoi, zuvor der Presse mitgeteilt hatte.

Dnr-online.ru: In Surgres werden die Probleme der Wasserversorgung gelöst.
Während einer langen Zeit war eines der drängenden Probleme für die Ortschaften des

Donbass die Wasserversorgung für die Verbraucher in der Sommerzeit. Die Regierung der DVR hat sich ernsthaft um die Lösung dieser Frage gekümmert, in einem kurzen Zeitraum gelang es, eine Wasserversorgung rund um die Uhr für eine Reihe Städte und Ortschaften zu organisieren. Darüber sprach in einem Interview mit der offiziellen Seite der DVR der Bürgermeister von Charzysk Alexandr Lewtschenko.

„In Charzysk wie auch in Surgres, Ilowowajsk und anderen Ortschaften wurde in der Vorkriegszeit 15 bis 16 Jahre lang Trinkwasser nach einem stundenweisen Zeitplan geliefert. Beispielsweise im alten Teil von Surgres gab es überhaupt nur einmal am Tag Wasser von 17:00/18:00 bis 22:00/23:00. Stellen Sie sich das vor, heute im 21. Jahrhundert, und die Menschen erhalten einmal am Tag Wasser! Dabei gab es keine ernsthaften Erklärungen für diese Praxis.

Deshalb hat das Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko die Aufgabe gestellt, alles Mögliche zur Herstellung einer Wasserversorgung rund um die Uhr zu tun. Dazu wurden Ende Oktober 2015 die notwendigen Maßnahmen ergriffen und Charzysk und Ilowajsk begannen rund um die Uhr Wasser zu erhalten. In Surgres erfolgt die Wasserversorgung zurzeit noch nach einem Zeitplan. Reparaturarbeiten an den Wasserversorgungsnetzen werden vorgenommen, Abschnitte von Wasserleitungen werden ausgetauscht, Verschlussarmaturen. Alles geschieht, um die Wasserverluste zu minimieren, was es erlauben wird, Wasser rund um die Uhr zu liefern“, kommentierte Alexandr Lewtschenko.

de.sputniknews.com: FBI-Chef kommentiert Putins Angebot an Trump:

Der FBI-Direktor Christopher Wray hat beim Sicherheitsforum in Aspen (Staat Colorado) die Möglichkeit von Russlands Beteiligung an den Ermittlungen zur Einmischung in die US-Präsidentenwahlen 2016 kommentiert.

Der Moderator erwähnte Putins Angebot, US-Agenten nach Russland reisen zu lassen, um den Vernehmungen der Verdächtigen durch russische Ermittler beizuwohnen, und fragte den FBI-Chef, ob er oder das Justizministerium solch eine Möglichkeit in Betracht ziehen würde.

„Ich denke, ich werde dies dem Sonderermittler Mueller überlassen“, antwortete Wray.

Der Moderator setzte fort und fragte ihn, ob er sich überhaupt eine Welt vorstellen könne, wo Russland Verdächtige befragen dürfte.

„Ich sage niemals nie, aber dies steht bestimmt nicht hoch auf der Liste unserer Ermittlungstechniken“, scherzte der FBI-Chef.

Er fügte dem hinzu, seine Stellungnahme bezüglich der angeblichen „Einmischung“ Russlands in die US-Präsidentenwahlen 2016 habe sich nicht geändert. Er nannte Russland den „aggressivsten Akteur“ im Bereich des „Säens von Zwietracht und Entzweiung“.

Beim Helsinki-Gipfel zwischen dem russischen Präsidenten Wladimir Putin und seinem US-Amtskollegen Donald Trump schlug Putin vor, dem Sonderstaatsanwalt Mueller mit dem Verhör der neulich im Rahmen der Wahleinmischungsermittlungen angeklagten russischen Offiziere zu helfen, indem russische Ermittler in der Anwesenheit der Vertreter von Muellers Team die verklagten Mitarbeiter der Geheimdienste vernehmen würden.

Im Austausch würde der Kreml Hilfe von US-Ermittlern bei den Gerichtsverfahren gegen einige Amerikaner verlangen. Darunter nannte er die Firma „Hermitage Capital“ von William Browder, die etwa 1,5 Milliarden Dollar in Russland verdient und die Steuern hinterzogen habe.

de.sputniknews.com: Diplomatisches Eigentum in USA: Weiterhin kein Zugang – Russlands Botschafter

Dem russischen Botschafter in Washington, Anatoli Antonow, ist nach seinen eigenen Worten verweigert worden, das von den USA angeeignete diplomatische Eigentum Russlands zu

betreten.

„Der Dialog verläuft schlecht“, sagte Antonow in Beantwortung einer Frage in Bezug auf den Dialog über das diplomatische Eigentum.

„Wir kämpfen und werden weiter kämpfen ... Zum jetzigen Zeitpunkt darf ich nicht einmal nachschauen“, erklärte Antonow am Donnerstag gegenüber Journalisten vor Beginn einer Beratung im Außenministerium.

Dabei scherzte der Diplomat, er könne nicht einmal prüfen, ob „Stühle und Kronleuchter“ noch in Ordnung seien.

Laut Antonow hat Russlands Außenminister Sergej Lawrow die Frage nach dem Zugang zum diplomatischen Eigentum „sehr tatkräftig und entschieden“ gestellt.

Anfang September 2017 waren die Gebäude des russischen Generalkonsulats in San Francisco, der Handelsvertretung in Washington und Räumlichkeiten der Handelsvertretung in New York auf Forderung des US-Außenministeriums der amerikanischen Seite übergeben worden. Das amerikanische Außenministerium hatte zuvor die Schließung des russischen Konsulats in San Francisco, des Gebäudes der Handelsvertretung in Washington und gemieteter Räumlichkeiten der Handelsvertretung in New York bis zum 2. September gefordert.

Dies geschah als Reaktion auf den russischen Vorschlag, die Anzahl der Mitarbeiter diplomatischer Missionen der USA in Russland zu reduzieren und mit der Mitarbeiterzahl russischer diplomatischer Vertretungen in den USA in Einklang zu bringen. Der Zugang in das Gebäude des Generalkonsulats ist seitdem für russische Diplomaten faktisch gesperrt.

de.sputniknews.com: Experte prophezeit Kiew eine Müll-Apokalypse.

In der Nähe von Kiew lauert eine große ökologische Katastrophe, wie der Direktor des Kiewer Ökologischen und Kulturellen Zentrums Wladimir Borejko in einem Interview mit dem Portal „Obozrevatel“ berichtet hat.

Es handle sich um die Festmülldeponie in Podgorzy nahe der ukrainischen Hauptstadt, die seit mehr als 30 Jahren funktioniere. Dort hätten sich zehn Millionen Tonnen von Abfällen angesammelt, die Höhe des Müllbergs sei auf 90 Meter gestiegen, was der Höhe eines 27-stöckigen Gebäudes entsprechen soll. Die Deponiefläche betrage derzeit 63,7 Hektar.

Borejko äußerte seine Befürchtungen, dass aufgrund eines fehlenden Betongerüsts Regen, der durch die Abfälle lecke, in die unterirdischen Gewässer gelange und sie vergifte.

„Es (das Grundwasser unter der Deponie) enthält verschiedene Säuren, Laugen, schädliche Mikroben, Ölprodukte, Schwermetalle usw. Tatsächlich ist es eine ökologische Katastrophe mit einem Radius von 10-15 Kilometern um die Deponie“, erklärte der Experte.

Er fügte hinzu, dass der Erdwall, der die Deponie umgibt, durchbrechen könne, und dann würde das Ausmaß der Umweltkatastrophe noch viel größer sein.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32161/73/321617360.jpg>

de.sputniknews.com: EU-Parlamentarier nennt Faktor für Änderung von Lettlands antirussischer Haltung:

Sollten sich die Beziehungen zwischen Moskau und Washington verändern, wird auch die Haltung Lettlands gegenüber Russland anders sein. Dies erklärte der lettische Abgeordnete im Europäischen Parlament, Miroslaw Mitrofanow, in einem Interview mit dem Nachrichtenportal Rubaltic.

Um die Beziehungen zwischen Russland und Lettland zu verbessern, sei eine ganze Reihe von Aktivitäten nötig – der wichtigste Faktor aber sei die Verbesserung der Beziehungen zwischen Moskau und Washington, so Mitrofanow.

„Sehen Sie, die lettische Elite fühlt die Stärke, und wenn sich die Beziehungen zwischen Russland und den USA verändern, wird sie wenigstens ihre Beziehungen zu Russland anders gestalten. Viele werden überrascht sein, wieso die Menschen, die bis vor kurzem alles, was russisch ist, hassten, ihre Einstellung völlig ändern.“

Ferner habe der Parlamentarier betont, dass es für die lettischen Behörden immer typisch gewesen sei, sich „vor den Mächtigen zu beugen“. Diese Situation habe in all den fünfzig Jahren der Existenz Lettlands im Bestand der Sowjetunion beobachtet werden können:

„Wenn es vorteilhaft war, die Ausrichtung zu ändern und ‚sich vor den Mächtigen zu beugen‘, haben die lettischen herrschenden Kreise dies immer getan. Außerdem gab es die 50-jährige Sowjetperiode, als ein absolut konfliktfreies Zusammenwirken der lettischen Elite mit dem Sowjetregime zu sehen war. Zu Beginn der 1990er Jahre gab es dann eine scharfe und völlige Neuorientierung derselben Menschen auf die Annäherung an den Westen sowie den Übergang zu antirussischen Positionen“, unterstrich Mitrofanow.

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem Beitritt den baltischen Staaten zur Europäischen Union und zur NATO hat sich ihr Verhältnis zu Moskau erheblich verschlechtert.

In der letzten Zeit sind immer öfter Erklärungen von Politikern aus den baltischen Ländern über eine wachsende Bedrohung vonseiten Russlands zu hören. 2016 hatten die Nato-Länder beim Gipfel in Warschau beschlossen, Militärkontingente in Lettland, Litauen, Estland und Polen zu stationieren.

Moskau hat bereits mehrmals beteuert, dass es keinen Angriff auf jegliches Nato-Land plant. Doch die Allianz nutzt die Hysterie der baltischen Länder, um ihre Präsenz an den russischen

Grenzen zu rechtfertigen.

Nachmittags:

armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Koordination der Volksmiliz der DVR zur Lage am 19. Juli 2018:

In den letzten 24 Stunden ist die Lage unverändert angespannt geblieben.

In **Richtung Donezk** haben die Kämpfer der 93. mechanisierten Brigade unter Anführerschaft des Kriegsverbrechers Klotschkow einen Mörserbeschuss von Wohngebieten von **Dokutschajewsk** durchgeführt, auf das vier Mörsergeschosse des Kalibers 120mm und drei des Kalibers 82mm abgefeuert wurden. Aktiv wurden Schützenpanzerwaffen verwendet. Es wurden 50 Schüsse festgestellt. Außerdem wurde **Jasinowataja** mit Mörsern beschossen, auf das der Gegner zwei Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abfeuerte.

Die ukrainischen Strafruppen beschießen weiter zielgerichtet Objekte der zivilen Infrastruktur. So wurde gestern die Dokutschajewsker erdölverarbeitende Fabrik des staatlichen Unternehmens „Donezkawtogas“ beschossen, das Verwaltungsgebäude und technische Einrichtungen wurden beschädigt.

In **Richtung Gorlowka** haben die ukrainischen Besatzer aus der 72. mechanisierten Brigade mit dem Anführer R. Tatus **Dolomitnoje** und **Golmowskij** beschossen, auf die acht Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgefeuert wurden, außerdem wurde mit Schützenpanzerwaffen und Schusswaffen geschossen.

In Folge des Feuers der terroristischen Einheiten der Ukraine auf Ortschaften wurden zivile Häuser in Golmowskij in der Archipow-Straße 3/2, der Sagorodnaja-Straße 8, der Bolnitschnaja-Straße 15, der Paladin-Straße 4 und 6 beschädigt.

Insgesamt wurden in den letzten 24 Stunden **fünf Verletzungen des Regimes der Feueinstellung** von Seiten der ukrainischen Besatzungskräfte festgestellt.

Das Kommando der Besatzungskräfte führt weiter Maßnahmen zur ideologischen Bearbeitung von Soldaten der ukrainischen Streitkräfte durch. Nach uns vorliegenden Informationen aus dem Stab der Besatzungskräfte wurden den Kommandeuren von Einheiten und Truppenteilen Anweisungen gegeben, täglich systematische Informations- und Aufklärungsarbeit unter dem Personal bezüglich des Verbots der Nutzung von Mobilfunkgeräten und Internet durchzuführen.

Um die Ausführung dieser Anweisungen zu überprüfen, ist im Stab der Besatzungskräfte in Tschasow Jar eine Inspektionskommission des Verteidigungsministeriums der Ukraine unter Führung des Leiters des Stabs des Kommandos der Bodentruppen der ukrainischen Streitkräfte des Kriegsverbrechers O. A. Domanskij eingetroffen.

Die zuvor von uns veröffentlichten Fakten über einen mangelhaften sanitär-epidemiologischen Zustand in der 36. Marineinfanteriebrigade hat sich auf das Kommando der Brigade und den Stab der Besatzungskräfte ausgewirkt. So ist gestern im Gebiet von Talakowka im Verantwortungsbereich des 503. Marineinfanteriebataillons der 36. Marineinfanteriebrigade der Brigadekommandeur A. W. Gnatow zur Überprüfung von Fragen der rückwärtigen und Lebensmittelversorgung sowie zur Aufklärung der Ursachen für Massenvergiftungen des Personals eingetroffen.

Außerdem wurde festgestellt, dass von Soldaten aus der 36. Marineinfanteriebrigade Beschwerden an die Regierungshotline über die fehlende Auszahlung verschiedener finanzieller Zuschläge sowie über die Weigerung, Bescheinigungen über die Teilnahme an Kämpfen auszustellen, eingehen. Diese Bescheinigungen werden von Offizieren des Stabs an Soldaten der Brigade nur gegen entsprechendes Schmiergeld von 2000 Griwna ausgegeben, wovon 1000 Griwna an den Brigadekommandeur persönlich gehen. In diesem Zusammenhang hat der Brigadekommandeur eine dienstliche Sitzung durchgeführt, bei der er

ultimativ befohlen hat, unter den Soldaten des Bataillons Aufklärungsarbeit bezüglich der Unzulässigkeit solcher Beschwerden durchzuführen.

Trotz unserer mehrfachen Warnungen an die Bevölkerung bezüglich der Falschheit und Verlogenheit der Mitarbeiter der ukrainischen militärischen Behörden gibt es nach wie vor vertrauensselige Bürger, die der Propaganda des Sicherheitsdienstes der Ukraine glauben. So hat der **Einwohner von Donezk Andrej Wiktorowitsch Gordejew**, der in den Jahren 2014-2015 in der Miliz war, in einem sozialen Netzwerk die Bekanntschaft einer Frau aus Mariupol gemacht und beschlossen, sein weiteres Schicksal mit ihr zu verbinden und zu ihr überzusiedeln, um zusammen zu leben. Er glaubte dem Programm des SBU „Dich erwartet man zu Hause“ und wurde am 14. Juli beim Versuch, im Gebiet von Wodjanoje auf das vorübergehend von den ukrainischen Streitkräften kontrollierte Territorium zu gelangen, von Soldaten aus der 36. Marineinfanteriebrigade festgenommen. Im Zusammenhang damit, dass er ohne Waffen war und den Grund seines Grenzübertritts erklärte, haben die Soldaten ihn an Mitarbeiter des SBU übergeben, um die Umstände aufzuklären. Die Mitarbeiter des SBU wiederum stellte die Erklärung des Bürgers Gordejew, dass er gemäß dem Programm „Dich erwartet man zu Hause“ in die Ukraine zurückkehren wolle und an Kriegshandlungen nicht aktiv beteiligt war, nicht zufrieden.

Weil Gordejew in militärische Tarnkleidung gekleidet war, war der grundlegende Verdacht der Soldaten, dass der Überläufer zu den militärischen Strukturen der DVR gehört. **Gegen ihn wurden physische Mittel angewandt, in deren Folge er starb.** Um die Spuren des Mordes zu verheimlichen und weil sie eine Bestrafung für die Tat fürchteten, schoss der SBU in den Rücken der Leiche und transportierte sie zu Kontaktlinie, um die Version auszugeben, dass wir unseren Genossen erschossen hätten. Zu diesem Fall hat die Generalstaatsanwaltschaft der Republik ein Strafverfahren aufgenommen.

Wir wenden uns ein weiteres Mal an die Bevölkerung der Republik! Glauben sie den verlogenen provokativen Versprechungen der ukrainischen Mörder nicht, das ist ihre Arbeit, vertrauensselige Bürger auf ihr Territorium zu locken. Denken Sie daran, der Feind ist sehr hinterhältig und gefährlich.

de.sputniknews.com: Skripal-Fall: Polizei will Tatverdächtige identifiziert haben – Moskau fordert Namen

Die Polizei Großbritanniens hat laut britischen Medien die Vermutung geäußert, dass die Vergiftung des Ex-Mitarbeiters der russischen Militäraufklärung GRU Sergej Skripal und seiner Tochter Julia in Salisbury durch mehrere Personen verübt worden sei und Leute aus Russland darin verwickelt seien.

„Daily Mail“ hatte zuvor unter Verweis auf eine geheimdienstliche Quelle berichtet, dass die Vergiftung der Skripals im britischen Salisbury eine sechsköpfige Gruppe habe verüben können, in der eine Frau „die Schlüsselposition“ inne habe.

„Die Quelle teilte der Agentur mit, die Ermittlung vermute, die Verdächtigen, die an der Attacke auf die Skripals schuld sind, identifiziert zu haben“, heißt es in der auf Twitter veröffentlichten Meldung der Agentur Press Association.

„Die Ermittler sind überzeugt, dass die Tatverdächtigen Russen sind“, teilt der Fernsehsender ITV unter Verweis auf die Agentur Press Association mit. Es wird hervorgehoben, dass es sich um mehrere Personen handeln soll.

Laut dem TV-Sender haben die Ermittlungsbeamten die Aufzeichnungen von Beobachtungskameras und die Daten von Personen ausgewertet, die etwa in jener Zeit ins Land eingereist waren.

Der russische Botschafter in Großbritannien, Alexander Jakowenko, hat inzwischen auf die Medienberichte reagiert und erklärt, dass Russland von britischen Amtspersonen die Namen der Verdächtigten an der Vergiftung der Skripals hören wolle.

„Es handelt sich um Mitteilungen in den Medien, offizielle Erklärungen der britischen Seite

gibt es leider nicht. Ich möchte es von Scotland Yard, vom Foreign Office hören. Viele Versionen in den Zeitungen finden auf offizieller Ebene keine Bestätigung“, kommentierte Jakowenko vor der Botschafter-Beratung in Moskau die in den britischen Medien aufgetauchte Meldung.

Ihm zufolge bitte die Botschaft das britische Außenministerium jedes Mal, die auftauchenden Versionen zu bestätigen, erhalte auf ihre diplomatischen Noten aber keine Antwort.

Der Botschafter erinnerte daran, dass der Nationale Sicherheitsberater Großbritanniens unlängst erklärt hatte, dass die Ermittlung keine Verdächtigen habe. „Das spricht davon, dass die Ermittlungsbehörden über keinerlei Fakten verfügen. Man hatte Russland ja buchstäblich am nächsten Tag (nach der Giftattacke in Salisbury gegen die Skripals – Anm. d. Red.) beschuldigt, dass mein Land in diese Vergiftung verwickelt sei, was absolut nicht den Tatsachen entspricht“, ergänzte Jakowenko....

Dan-news.info: „Vom staatlichen Komitee für Bergbau- und technische Aufsicht der DVR wurde eine Kommission speziell zur Ermittlung des Gruppenunfalls mit tödlichem Ausgang, der mit Arbeitern der Jenakiewer Abteilung für Kanalisation des kommunalen Unternehmens „Woda Donbassa“ erfolgt ist“, teilte der Pressedienst des Komitees mit.

Die Kommission wird eine außerplanmäßige Überprüfung des Zustands von Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit der Kanalisationseinrichtungen des Unternehmens in Jenakiewo vornehmen. Außerdem werden Maßnahmen zur Beseitigung der Ursachen durchgeführt.

Wir erinnern daran, dass am 17. Juli in Jenakiewo an einer Pumpstation des Klärwerks ein Gasaustritt erfolgte. Dabei starben vier Arbeiter von Woda Donbassa, vier weitere wurden ins Krankenhaus eingeliefert.

de.sputniknews.com: Moskau warnt London vor Geheimhaltung zu Fällen in Salisbury und Amesbury

Moskau ruft die britischen Behörden zur maximalen Transparenz bei der Ermittlung der Fälle in Salisbury und Amesbury auf. Falls diese geheim gehalten werden, wird Moskau darin laut der offiziellen Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, einen Versuch zur Verheimlichung der Auftraggeber und Täter dieser Verbrechen sehen.

„Die Londoner Polizei hat bekanntgegeben, dass am 19. Juli in Salisbury geplant wird, die Coronerer Investigation in Bezug auf die am 8. Juli im Krankenhaus gestorbene Dawn Sturgess einzuleiten. Ich erläutere, das ist eine quasigerichtliche Prozedur, deren Ziel es ist, die Todesursachen juristisch zu verankern“, so Sacharowa.

„Mit Rücksicht auf jene unbewiesenen Anschuldigungen, mit denen Großbritannien bereits gegen Russland aufgetreten ist, ist es prinzipiell wichtig, eine maximal mögliche Transparenz bei dieser Ermittlung zu gewährleisten. Ihr Wechsel in die Gerichtsebene mit einer weiteren Geheimhaltung wird als Versuch eingestuft, der Öffentlichkeit die wahren Auftraggeber und Täter dieser Verbrechen zu verheimlichen“, sagte sie weiter.

Moskau rechnet ihr zufolge jedoch mit einer gründlichen und offenen Ermittlung. Die russischen Sicherheitsbehörden seien bereit, ihren britischen Kollegen zu helfen.

In der letzten Zeit trete die Londoner Polizei mit regelmäßigen öffentlichen Erklärungen über die Fälle in Salisbury und Amesbury auf, und die Politiker verweisen auf die Notwendigkeit, die Ergebnisse der polizeilichen Ermittlungen abzuwarten.

Ukrinform.ua: Sanktionen gegen Nord Stream 2: Gesetzentwurf in Senat eingebracht.

Der Republikaner John Barrasso hat einen Gesetzentwurf unter dem Namen ESCAPE über Sanktionen gegen die Ostsee-Gaspipeline Nord Stream 2 in den Senat der Vereinigten Staaten eingebracht. Mit dem Gesetz sollen auch Gaslieferungen aus den USA an die Nato-

Verbündeten in Europa unterstützt werden.

„Der russische Präsident Wladimir Putin nutzt russisches Erdgas, um unsere Verbündeten und unsere Partner und unsere Verbündete zu erpressen und zu bedrohen“, erklärte der Senator aus Wyoming auf seiner Webseite. Das ESCAPE-Gesetz könne den Einsatz dieser geopolitischen Waffen durch die Sanktionen gegen die Gaspipeline und Gaslieferungen aus den USA verhindern, heißt es.

Das Gesetz sieht Strafmaßnahmen gegen natürliche und juristische Personen, die in den Bau von russischen Projekten zum Energieexport investieren oder auf andere Weise zum Bau von Nord Stream 2 beitragen, vor.

Koautoren des Gesetzes sind auch die republikanischen Senatoren Cory Gardner und Steve Daines.

Lug-info.com: Das Oberhaupt der LVR Leonid Pasetschnik traf sich mit Teilnehmern des republikanischen Jugendforums „Zukunft des Lugansker Landes – 2018“, das auf Basis des Kindererholungslagers „Metschta“ in Bolschoj Suchodol im Bezirk Krasnodon stattfindet. Organisatoren des Forums sind das Ministerium für Kultur, Sport und Jugend der LVR gemeinsam mit der gesellschaftlichen Bewegung „Mir Luganschtschine“. Das Forum findet vom 17. bis zum 21. Juli statt, sein Programm beinhaltet Bildungsveranstaltungen zum Thema „Bürgerinitiativen“, „Rolle der Jugend in der Politik“, „Patriotische Erziehung unter heutigen Bedingungen“, in deren Rahmen Vorträge, Kurse und Trainings organisiert werden. Das Oberhaupt der Republik begrüßte die Jugendaktivisten, wünschte ihnen, dass sie auf dem Forum nützliche Kenntnisse erlangen, ihr Potential und feste freundschaftliche Beziehungen entwickeln.

Danach fand ein Freundschaftsfußballspiel zwischen den Mannschaften der Jugend und der Führung der Republik, für die das Oberhaupt der LVR, der Vorsitzende des Volkssowjets der Republik Denis Miroshnitschenko und die Organisatoren des Forums spielten, statt.

Danach versammelten sich Gäste und Teilnehmer des Forums zu einem Teetinken und diskutierten in informeller Atmosphäre die Perspektiven der Entwicklung der Republik.



[http://img.lug-info.com/cache/8/3/\(6\)_IMG_2331.JPG/w620h420wm.jpg](http://img.lug-info.com/cache/8/3/(6)_IMG_2331.JPG/w620h420wm.jpg)

de.sputniknews.com: Putin spricht über Risiken der Eskalation in der Ostukraine

Da die ukrainischen Behörden ihren Verpflichtungen nicht nachkommen und eine friedliche Konfliktlösungen ablehnen, muss man mit Verschlechterungen der Lage in der Ostukraine

rechnen, hat der russische Präsident Wladimir Putin am Donnerstag im Außenministerium mitgeteilt.

„Die ernsthaften Risiken der Eskalation bleiben weiterhin im Südosten der Ukraine bestehen. Die Gründe hierfür sind: Das Versagen der heutigen ukrainischen Behörden, ihren Verpflichtungen nachzukommen und die Verweigerung, den Konflikt friedlich beizulegen. Das ein um andere Mal demonstriert man die Missachtung von Vereinbarungen, die mangelnde Bereitschaft, in den Dialog mit den Bürgern zu treten. Alle Szenarien befinden sich auf einem sich verschärfenden Weg“, erklärte Wladimir Putin am Donnerstag bei einem Treffen von Botschaftern und ständigen Vertretern im Außenministerium.

Mil-Inr.info: Pressekonferenz des Leiters des Pressedienstes der Koordination der Volksmiliz der LVR:

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR hat sich nicht wesentlich verändert und bleibt angespannt.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner **einmal das Regime der Feuereinstellung verletzt** und mit einem Antipanzergranatwerfer SPG-9 das Gebiet von **Losowoje** beschossen.

Der Beschuss erfolgte von den Positionen der 72. Brigade der ukrainischen Streitkräfte, deren Kommandeur der Kriegsverbrecher Tatus ist.

Außerdem beschießen die ukrainischen Truppen weiter ihre eigenen Positionen, um dann die Einheiten der Volksmiliz dessen zu beschuldigen.

So haben heute Nacht Soldaten des 1. Bataillons der 72. Brigade der ukrainischen Streitkräfte aus dem Gebiet von Troizkoje heraus sogenanntes „freundschaftliches Feuer“ auf die Frontpositionen der Soldaten aus der 14. Brigade der ukrainischen Streitkräfte östlich von Nowoswanowka eröffnet.

Außerdem haben die ukrainischen Truppen in der Nacht vom 18. auf den 19. Juli ihre Positionen in der Nähe des Abschnitts der Trennung von Kräften und Mitteln im Gebiet von Staniza Luganskaja beschossen.

Ich erinnere daran, dass Hauptbedingungen für die Trennung die Einhaltung eines Regimes der Ruhe durch beide Seiten ist. Durch diesen provokativen Beschuss **behindern die Kiewer Truppen ein weiteres Mal die Schaffung von Bedingungen für die Trennung von Kräften und Mitteln**, womit sie ihre Weigerung, die Minsker Vereinbarungen einzuhalten, demonstriert haben. Zu ihrer Rechtfertigung hat der Stab der Besatzungskräfte bereits Soldaten der Volksmiliz der LVR des Beschusses des Gebiets von Staniza Luganskaja beschuldigt.

Ich erkläre offiziell, dass von Seiten der Einheiten der Volksmiliz kein Beschuss erfolgt ist. Das Regime der Feuereinstellung wird von unserer Seite eingehalten.

Das niedrige moralisch-psychischen Niveau der Soldaten der ukrainischen Streitkräfte bleibt unverändert. So sind in einer Einheit der 59. Panzergrenadierbrigade im Gebiet von Makarowo drei Soldaten mit der Waffe desertiert.

Ein weiterer Fall von eigenmächtigem Verlassen der Positionen ereignete sich im 3. Bataillon der 14. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet von Solotoje-4. Ein Soldat, der die Ausschreitungen von Seiten des Kommandos des Bataillons nicht ertrug, hat die Positionen eigenmächtig mit Waffe und Munition verlassen.

Nicht kampfbedingte Verluste, ungesetzlicher Drogenhandel, Alkoholismus in den Einheiten der ukrainischen Streitkräfte „erhöhen“ weiter das Rating einer der „stärksten“ Armeen auf dem europäischen Kontinent.

Soldaten einer Einheit der 59. Brigade im Gebiet von Nishneje haben in betrunkenem Zustand einen Streit mit örtlichen Einwohnern angefangen, im Ergebnis erlitt einer der Soldaten Knochenbrüche an Hand und Bein.

Außerdem haben die Rechtsordnungsorgane drei Soldaten der 53. Brigade festgenommen, die der Verbreitung von Drogen im Gebiet von Krymskoje verdächtig werden. Derzeit befinden

sie sich unter Arrest. Solche Fälle sind keine Einzelfälle und werden von den Kommandeuren der Einheiten gegenüber der übergeordneten Führung verheimlicht, um eine starke militärische Disziplin in der Zone der Besatzungsoperation vorzuspiegeln.

Die Volksmiliz der Republik ihrerseits geht trotz der regelmäßigen Verletzungen des „Brotwaffenstillstands“ durch die Ukraine nicht auf Provokationen ein und hält die erreichten Vereinbarungen ein. Unsere Handlungen sind weiterhin auf eine friedliche Lösung des Konflikts gerichtet, aber im Fall von groben Verletzungen der Minsker Vereinbarungen durch die ukrainische Seite behalten wir uns das Recht auf adäquate erwidernde Maßnahmen vor.

de.sputniknews.com: Nato-Beitritt Georgiens und der Ukraine: Putin rät, über „Folgen“ nachzudenken

In der vergangenen Woche hat der Nato-Chef Jens Stoltenberg die Pläne über den Beitritt des russischen Nachbarstaats Georgiens zu der Nordatlantischen Allianz bestätigt. Der russische Präsident Wladimir Putin rät, über die Folgen eines solchen Schritts nachzudenken.

"Wir werden auf solche aggressiven Schritte, die eine direkte Bedrohung für Russland darstellen, entsprechend reagieren", sagte der russische Staatschef bei einem Treffen mit russischen Diplomaten und Mitarbeitern des russischen Außenministeriums in Moskau.

"Kollegen", die mit dem Gedanken spielen, Georgien oder sogar die Ukraine auf die "Umlaufbahn" der Nato zu bringen und somit den Kurs auf eine Krisenverschärfung nehmen, sollten über die Folgen solcher "verantwortungslosen Schritte" nachdenken.

„Der Schlüssel zur Gewährleistung von Sicherheit und Stabilität in Europa liegt gerade darin, die Zusammenarbeit zu erweitern und das Vertrauen wiederherzustellen, anstatt den Aufbau neuer Stützpunkte und militärischer Infrastruktur der Nato an den russischen Grenzen voranzutreiben“, betonte Putin.

Dan-news.info: Die ukrainischen Truppen haben heute das Feuer auf das frontnahe **Dokutschajewsk** eröffnet, es wurden Objekte des Gesteinskombinats beschädigt. Dies teilte der Störungsdienst der Stadtverwaltung mit.

„Heute wurden in Folge von Beschuss das Dach des Waggondepots, das Verwaltungsgebäude des Lokomotivdepots und eine Lokomotive OP-37 des staatlichen Unternehmens

„Dokutschajewsker Gesteinskombinat“ beschädigt“, heißt es in der Mitteilung.

Tote und Verletzte wurden nicht festgestellt.

Dan-news-info: „In Zchinwali fand am 18. Juli eine Zeremonie zur Unterzeichnung der Vereinbarungen „Über die Zusammenarbeit zwischen der Industrie- und Handelskammer der Republik Südossetien und der Industrie- und Handelskammer der Donezker Volksrepublik“ statt“, heißt es in einer Mitteilung auf der Seite des Präsidenten der Republik Südossetien Anatolij Bibilow.

Dort wird erläutert, dass die Leiterin der Industrie- und Handelskammer der DVR Walerija Bulyga und ihr Kollege aus Südossetien Alan Alborow die Vereinbarung unterzeichneten. bei der Zeremonie der Unterzeichnung des Dokuments war auch der Präsident der Republik Südossetien Anatolij Biblow anwesend.

„Die Vereinbarung wirkt sich günstig auf die Entwicklung der beiderseitigen Beziehungen aus. Und die feste Grundlage, die es in unseren gegenseitigen Beziehungen gibt, wird auch die Entwicklung der Beziehungen im Rahmen des Handels und der geschäftlichen Zusammenarbeit befördern“, wird Bibilow zitiert.



<https://dnr-online.ru/wp-content/uploads/2018/07/3-5-1024x682.jpg>

de.sputniknews.com: WM-Fans entwendeten aus Reisezügen Teeglashalter und Decken für eine Million Rubel

Der Sprecher der Holding „Russische Eisenbahnen“ (RZD), Pawel Burzew, hat gemutmaßt, dass die Fans die Sachen des Unternehmens als Souvenirs mitgenommen hätten. Ihm zufolge verschwanden Teeglashalter, Bettwäsche und Decken hauptsächlich aus jenen Zügen, die die Fans kostenlos beförderten. Burzew ergänzte, dass er später im Fernsehen gesehen habe, wie einige Fans aus Betttüchern Plakate gemacht haben....



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32161/95/321619524.jpg>

Dnr-online.ru: Die Stilllegung des Dnjeprdershinsker Unternehmens „Dnjeprasot“, dass das Klärsystem der Städte und Bezirk der Ukraine mit Chlor versorgte, kommentierte der stellvertretende Minister für Bauwesen und Kommunalwirtschaft der DVR Witalij Kishajew.

„Das aufgrund von Nichtzahlung der Löhne stillgelegte Unternehmen „Dnjeprasot“ ist der Lieferant von Chlor für das Unternehmen „Woda Donbassa“, insbesondere zur Nutzung im technologischen Prozess in den Filterstationen, die sich auf den vorübergehend von der Ukraine kontrollierten Territorien befinden. Derzeit sind noch Chlorvorräte für etwa 15 Tage vorhanden“, unterstrich Witalij Kishajew.

Er unterstrich auch, dass das Unternehmen „Woda Donbassa“ derzeit die Frage des Imports von Chlor aus Rumänien erwägt, aber das kann wegen der geringen Qualität des rumänischen Chlors eine Gefahr für die Nutzung der Ausrüstung der Pumpstationen des Unternehmens darstellen.

Was das Territorium der DVR betrifft, so wirkt sich das Fehlen oder Vorhandensein von Chlor in der Ukraine in keiner Weise auf die Filterstationen der DVR aus – die Lieferungen der Chemikalie in die Republik erfolgt in vollem Umfang und gemäß der Zeitplanung. „Das Chlor, das uns aus der RF geliefert wird, hat eine hohe Qualität. Das Fehlen von Chlor in der Ukraine wird sich nicht auf das Leben und die Gesundheit der Einwohner der Republik auswirken“.

Weiter unterstrich der stellvertretende Minister, dass das Fehlen von Chlor oder Hypochlorit, die bei der Wasserklärung in der Ukraine genutzt werden, zu Massenvergiftungen, Verbreitung von Infektionen und Epidemien führen kann.

de.sputniknews.com: Putin über Russland-Gegner in USA: „Wenn sie solche Geschichten aufschwätzen können...“

Der russische Präsident Wladimir Putin hat die Gegner seines Landes in den Vereinigten Staaten als „mächtige und starke“ Menschen bezeichnet, da sie Millionen ihrer Mitbürger verschiedene „schwer verdauliche“ Geschichten „aufschwätzen“ können.

Solche Kräfte passen laut dem russischen Staatschef nicht in die politische Philosophie Russlands: „Weil uns immer und überall beigebracht wurde, dass diejenigen, die im Interesse des Staates und der Gesellschaft arbeiten, in erster Linie an diese grundlegenden Interessen denken müssen“, sagte Putin beim Treffen mit den russischen Botschaftern am Donnerstag. „In den USA sehen wir, dass es Kräfte gibt, die ihre eigenen Gruppen- und innerparteilichen Interessen über die nationalen stellen“, fügte er hinzu.

Er erinnerte an russische Satire-Schriftsteller, die solche Menschen sehr treffend bezeichnet hätten – „armselige, jämmerliche Menschen“.

„Aber in diesem Fall stimmt das nicht. Das sind keine armseligen und jämmerlichen Menschen, ganz im Gegenteil – es sind ziemlich mächtige und starke Menschen, wenn sie Millionen ihrer Mitbürger verschiedene im Rahmen der normalen Logik schwer verdauliche Geschichten,aufschwätzen‘ können, verzeihen Sie meine Ausdrucksweise.“

Dan-news.info: „Im Zentrum von **Gorlowka sind drei Kinder im Alter von 7, 9 und 11 Jahren in Folge der Detonation einer Granate verletzt worden**. Sie haben zahlreiche Splitterverletzungen“, teilte heute eine informierte Quelle mit.
Die Umstände des Vorfalls werden noch ermittelt.

Dan-news.info: „Nach genaueren Informationen befinden sich zwei Kinder und ihre Großmutter in ernstem Zustand nach der Detonation einer Granate in Gorlowka. Das dritte Kind war einfach mit Blut bespritzt, Verletzungen wurden bei ihm nicht festgestellt“, teilte eine informierte Quelle mit.

Dan-news.info: „Vor einer Stunde gerieten in der Storoshewaja-Straße 34a zwei Kinder und ihre Großmutter auf eine Granate vom Typ RGD. Der Zustand der Verletzten ist mittelschwer, Lebensgefahr besteht nicht“, teilte der Bürgermeister von Gorlowka Iwan Prichodko mit.

Er merkte an, dass bei dem 12jährigen Kind das linke Auge verletzt ist und es am ganzen Körper Splitterverletzungen hat, der zweite Junge, sieben Jahre alt, erlitt einen Knochenbruch an der Hand und Splitterverletzungen am ganzen Körper. Die Frau, geb. 1946, hat eine Gehirnerschütterung und einen Kieferbruch.

de.sputniknews.com: Reaktion auf US-Sanktionen: Russische Regierung schnürt „Dollar-Frei-Paket“

Dass die russische Regierung die Wirtschaft des Landes aus der Geiselhaft des Dollars zu befreien versucht, ist längst keine Neuigkeit mehr. Russlands Finanzministerium hat angekündigt, bis Anfang kommenden Monats einen Maßnahmenplan zu erarbeiten, um die Nutzung des Dollars im Außenhandel zu verringern.

Es ist an der Zeit, die Befreiung der Wirtschaft vom Dollar zu intensivieren. Die Dominanz der amerikanischen Währung im internationalen Abrechnungssystem muss man bekämpfen, denn „der Dollar macht alle fertig, er ist ein Mittel, um zu bestrafen“, sagte unlängst der Vorstandsvorsitzende der russischen Staatsbank VTB, Andrei Kostin.

In diese Richtung handelt das russische Regierungskabinett nun. Das Finanzministerium hat angekündigt, einen entsprechenden Maßnahmenkatalog zu erarbeiten. Alle bisherigen russischen Gegensanktionen sollen systematisiert werden, heißt es. Der verantwortliche Vizepremier Anton Siluanow hat dem Vorhaben des Finanzministeriums Anfang dieses Monats zugestimmt.

Demnach soll russischen Firmen, die von US-Sanktionen betroffen sind, der Zugang zum inländischen Kapitalmarkt erleichtert werden. Der „unlautere Wettbewerb ausländischer Staaten“ soll eingeschränkt werden – sprich: auf einige US-Waren werden Strafzölle verhängt. Zudem soll der Zugang zu Informationen über Firmen erschwert werden, die von den US-Sanktionen betroffen sind.

Ein weiterer zentraler Punkt des geplanten Maßnahmenpakets ist die Schaffung sog. Sonderverwaltungsbezirke. Firmen, die mit US-Sanktionen belegt sind, können sich dann auf russischem Gebiet neu registrieren lassen, um weiter ihren Geschäften nachgehen zu können. Die US-Sanktionen seien ein starker Impuls, den Einfluss des Dollars auf die russische Wirtschaft schneller zurückzudrängen, sagt der Chef-Analyst der Investmentgesellschaft TeleTrade Mark Goichman. Die Entdollarisierung sei „eine einzige große Importsubstitution im Finanzbereich“, so der Experte. Es sei strategisch und politisch wichtig, die Abhängigkeit vom Dollar zu verringern, „weil der Einfluss äußerer Faktoren begrenzt werden muss, damit die Wirtschaft stabil und steuerbar bleibt“. Doch: Außer Vorteilen habe die „Importsubstitution“ auch Nachteile.

Es wäre in der Tat eine Entlastung für Unternehmen, wenn ihnen der Zugang zum inländischen Kapitalmarkt erleichtert würde, wie es das russische Finanzministerium vorschlägt. „Aber die Zinsen, die Laufzeiten und andere Finanzierungsbedingungen sind im Ausland günstiger als bei russischen Banken“, mahnt der Analyst. Verringert man die Nutzung ausländischer Kredite, erhöht man dadurch die Finanzierungskosten der Unternehmen.

Eine andere Maßnahme des Finanzministeriums könne man indes nur begrüßen, betont Goichman. Gemeint ist die Abschaffung der Pflicht für russische Exporteure, ihre Deviseneinnahmen nach Russland zu transferieren.

Dass die Devisen dann auf ausländischen Konten russischer Firmen bleiben dürfen, erleichtert ihnen die Abrechnung mit ausländischen Partnern. Dadurch steigt die Wettbewerbsfähigkeit russischer Exporteure. Die Kehrseite dieser Entscheidung aber ist die Verringerung der Devisenmenge in Russland – dies setzt den Rubel im bestimmten Maße unter Druck.

Die Umstellung des Außenhandels auf Nationalwährungen wäre da deutlich interessanter, erst recht ob der Vielfalt der Länder, mit denen Russland Handel – Export und Import – treibt.

Doch wie sehr es auch erwünscht ist: Dass man mit einem Mal auf den Dollar verzichtet, wird nicht funktionieren, sagt der Finanzexperte Gaidar Gassanow vom Internationalen Finanzzentrum.

Innerhalb der GUS ist die Idee, auf den Dollar zu verzichten und auf Nationalwährungen umzusteigen, laut dem Experten noch praktikabel. „Aber das im globalen Maßstab umzusetzen, geht nicht, ohne die Stabilität des gesamten Finanzsystems zu gefährden“, so Gassanov. All die gegenwärtigen Maßnahmen – die Importsubstitution, der Verkauf von US-Staatsanleihen etc. – dienen nur dazu, die Abhängigkeit der Wirtschaft von „äußeren geopolitischen Faktoren“ zu verringern, so der Analyst.

Um vollständig auf den Dollar zu verzichten, müssten laut dem Experten gut durchdachte Konzepte her – anderenfalls kämen hohe Verluste auf russische Firmen, Banken und den Staat zu.

Mgblnr.org: Mitarbeiter des Staatssicherheitsministeriums der LVR haben lange Zeit ein operatives Spiel mit der Gegenauflärung des Gegners über einen Agenten, der vom Sicherheitsdienst der Ukraine angeworben wurde, gespielt.

In Folge der operativen Maßnahmen wurden das Durchsickern geheimer Informationen und das Eindringen von Diversions- und Erkundungsgruppe auf das Territorium der Republik verhindert und ein Versuch, einen Diversions- und Terrorakt gegen einen Mitarbeiter der MfS zu begehen, unterbunden.

Bei der Suche nach einem Objekt zum Anwerben geriet der SBU an einen ehemaligen Soldaten der Volksmiliz der LVR, der früher auf von den ukrainischen Streitkräften besetztem Territorium gelebt hatte.

Ihm schlugen sie vor, nach dem Fake-Programm „Man erwartet Dich zu Hause“ zurückzukehren, aber zuvor sich gegenüber dem derzeitigen Regime zu rehabilitieren – dem SBU Informationen, die Staatsgeheimnisse der LVR darstellen, zu übergeben. Über Anwerbeversuche berichtete der ehemalige Soldat sofort dem MfS der LVR, wo eine Spezialoperation unter seiner Beteiligung ausgearbeitet wurde.

Unter der Legende eines Agenten des SBU erhielt der ehemalige Soldat über Mobilfunkgeräte und Internetmessenger von einem Vertreter des Spezialdienstes der Ukraine Aufgaben zur Sammlung verschiedener Informationen. Vorrangige Aufträge, die der Agent erhielt, waren: Eindringen in eine der Einheiten des MfS, um geheime Daten zu gewinnen, Gewährleistung des unbehinderten Eindringens einer Diversions- und Erkundungsgruppe auf das Territorium der Republik durch den Grenzschutz, Liquidierung eines Mitarbeiters der Staatssicherheit. Die propagandistische Kampagne unter dem Titel „Man erwartet Dich zu Hause“, die von Spezialdiensten der Ukraine durchgeführt wird, hat gegen sie selbst gearbeitet.

Alle Fälle von terroristischer Aktivität der ukrainischen Spezialdienste wurden dokumentiert. Die Daten des Mitarbeiters des SBU wurden festgestellt. Es handelt sich um Dmitrij Anatoljewitsch Turewitsch, geb. am 26.03.1983. Es ist bekannt, dass er derzeit Filtrations-, Erkundungs- und Gegenauflärungsmaßnahmen an der Kontaktlinie durchführt. Gegen Turewitsch wurde eine Strafverfahren nach §§ 30, 239 des Strafgesetzbuchs der LVR aufgenommen.

de.sputniknews.com: Putin: Wird START-3-Vertrag nicht verlängert, läuft er einfach aus
Wenn die Arbeit zur Verlängerung des Vertrages über die Reduzierung von strategischen Offensivwaffen (START-3) jetzt nicht beginnt, so wird er in anderthalb Jahren einfach auslaufen. Dies erklärte der russische Präsident Wladimir Putin bei der Beratung der Botschafter und der ständigen Vertreter Russlands am Donnerstag im Außenministerium. „Ich lenke Ihre Aufmerksamkeit darauf, dass im Jahr 2021 die Gültigkeit des START-3-Vertrags zu Ende geht. Man hat aber einen richtigen Schritt gemacht und dieses Abkommen abgeschlossen. Und wenn heute, gerade jetzt, keine Aktivitäten zu seiner Verlängerung

unternommen werden, so wird er in anderthalb Jahren einfach auslaufen, es wird ihn nicht mehr geben“, sagte Putin.

Der START-Vertrag (Vertrag über die Reduzierung der strategischen Offensivwaffen), der zwischen Russland und den USA 2010 unterzeichnet wurde, ist am 5. Februar 2011 in Kraft getreten. Er sieht vor, dass jede Seite ihre Atomwaffenarsenale so reduziert, dass sie in sieben Jahren und auch weiterhin über maximal 700 interkontinentale ballistische Raketen, U-Boot-gestützte ballistische Raketen und schwere Bomber sowie 1550 Sprengköpfe und 800 stationierte und nicht stationierte Raketenabschussanlagen verfügt.

Der Vertrag verpflichtet Russland und die USA, Information über die Quantität der Sprengköpfe und Trägermittel zweimal pro Jahr auszutauschen.

Diese Bedingungen sollten bis zum 5. Februar 2018 erfüllt werden. Während der Ausarbeitung des Dokuments verfügte Russland über 3987 Nukleargeschosse, bei den USA waren es 5916 (nach Angaben des US-Außenministeriums). Im Sommer 2011 tauschten die Seiten Angaben über den aktuellen Zustand ihrer Atomarsenale aus. Im Juni 2011 hatte Russland bereits nur noch 1537 Gefechtsköpfe und die USA 1800, wie Medien damals berichteten.

Am 5. Februar 2018 trat die Deadline ein, zu der Russland und die USA ihre Kontrollwerte zum START-3 erzielen sollten.

Beide Seiten erklärten, ihre Verpflichtungen gemäß dem START-Vertrag erfüllt zu haben. Wie das russische Außenministerium berichtete, hatte Russland zum 5. Februar 1444 Gefechtsköpfe. Laut dem US-Außenministerium wurden die Verpflichtungen bereits im August des vergangenen Jahres erfüllt, als die Zahl der nuklearen Geschosse auf 1393 reduziert wurde.

Die Vertragsfrist läuft im Jahr 2021 ab.

Dan-news.info: Die Ökologen der DVR haben eine erhebliche Verbesserung der Luftqualität im Vergleich zur Vorkriegszeit festgestellt. Dies teilte heute der Pressedienst des staatlichen Komitees für Ökologiepolitik und Naturressourcen beim Republikoberhaupt mit.

„Mir Überzeugung kann man eine Verbesserung der Luftqualität und der Wasserqualität feststellen (Bestätigung dafür sind zahlreiche Messungen von Wasserproben, die von Spezialisten unseres Laboratoriums durchgeführt werden), es findet eine strenge Kontrolle der Einhaltung der Forderungen der Naturschutzgesetzgebung statt, und trotz der offensichtlichen Schwierigkeiten wird ein System des staatlichen ökologischen Monitorings ausgearbeitet“, heißt es in der Mitteilung.

Als Beweise nannte das staatliche Komitee das Auftauchen seltener Vogelarten in besonders geschützten Naturobjekten – des weltweit gefährdeten Lockenpelikans oder einer vom Aussterben bedrohten Kranichart.

Auf dem von Kiew kontrollierten Teil des Donbass jedoch ist das Niveau der Ökologie um Größenordnungen geringer. Ursachen sind der vernachlässigte Zustand von Industrieobjekten, das Fehlen der Kontrolle über gefährliche Produktion. „Wir kontrollieren, soweit dies natürlich möglich ist, die Situation jenseits der Abgrenzungslinie und hoffen, in nächster Zeit mit Unterstützung internationaler Organisationen die problematischen Objekte besuchen zu können, um mit eigenen Augen die Lage dort zu beurteilen“, hieß es beim staatlichen Komitee.

Abends:

de.sputniknews.com: Doch keine Giftmischer gefunden? Britisches Innenministerium bestreitet Gerüchte

Der stellvertretende Chef des britischen Innenministeriums Ben Wallace hat die Information verneint, die Polizei habe angeblich den Giftmörder von Sergej Skripal und seiner Tochter Julia in Salisbury identifiziert.

„Ich denke, dass solche Informationen in den 'schlecht informiert und wild spekuliert'-Ordner gehören“, twitterte Ben Wallace. Der Sicherheitsstaatssekretär reagierte auf eine Nachricht der „Press Association“, dass man aus internen Kreisen erfahren habe, den Täter hinter der „Nowitschok“-Attacke gefunden zu haben. Demnach seien angeblich Aufzeichnungen aus Überwachungskameras ausgewertet worden.

Am 19. Juli hatte der russische Botschafter in London gefordert, die Namen der Verdächtigen zu nennen, falls bekannt. Man wolle Informationen von Scotland Yard oder aus dem Außenministerium hören – und nicht aus der Presse, so der russische Botschafter in Großbritannien Alexander Jakowenko.

Zuvor hatten britische – und auch deutsche – Medien berichtet, dass die Polizei Namen kennen würde. Die Westdeutsche Allgemeine Zeitung zum Beispiel nahm aber mittlerweile ihren Bericht mit der Headline „Nowitschok-Vergiftung: Polizei soll Täter gefunden haben“ von ihrer Internetseite.